

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsleitung: Nachrichten Dresden  
Verleger: Carl Schmidt & Co. KG  
Postfach 1000, Dresden

Druckerei: Carl Schmidt & Co. KG  
Postfach 1000, Dresden

Druck: Carl Schmidt & Co. KG  
Postfach 1000, Dresden

## Kalckreuth fordert eine Rechtsregierung Große Rundgebung des Reichslandbundes

Berlin, 1. Febr. Der Reichslandbund veranstaltete heute eine große Rundgebung, an der mehrere hundert Vertreter der Verbände aller deutschen Länder und preussischer Provinzen teilnahmen. Im seinem Hauptreferat forderte der geschäftsführende Präsident, Graf v. Kalckreuth, unter anderem auch: Der Appell des Reichslandbundes an die internationale Wirtschaftssolidarität vermag nicht zu verhindern, daß das Ausland die Blockade der deutschen Exportmärkte dauernd verstärkt und uns die Kredite entzieht.

Der Reichslandbund steht auf dem Standpunkte, daß auch heute noch die wirtschaftliche Lebensmühseligkeit und die politische Freiheit des deutschen Volkes gefährdet werden könne, wenn die Hände der Regierung in die Hand von Männern gelegt werden, die den Willen zu entschlossener Tat aufbringen.

Es muß in aller Deutlichkeit festgestellt werden, daß das deutsche Volk an Reparationszahlungen weit mehr geleistet hat, als die Grundzüge des Friedensvertrages von ihm verlangt. Aber auch wenn es gelingt, weitere Reparationszahlungen fernzujubeln, so bleibt die Frage noch immer hoffnungslos, wenn nicht die Grundlibel beseitigt werden: die zunehmende Arbeitslosigkeit und die schrumpfende Kauf- und Produktionskraft der Landwirtschaft. Beide haben ihre gemeinsame Quelle in der verfehlten Exportpolitik Deutschlands.

Nur die deutsche Erde kann heute dem Volke noch Brot und Arbeit sichern.

Aber die Produktionskraft des deutschen Ackerers ist am Verfall. Allein durch die Verbilligung der Ausgaben für die Landwirtschaft kann die Unrentabilität nicht erfolgreich bekämpft werden. Die Einnahmeseite muß auch dann gesteigert werden, wenn es nicht in den theoretischen Rahmen der allgemeinen Preissetzung hineinkommt. Der Verkauf der Einnahmeseite der Landwirtschaft durch Erhöhung des Butterzolles zu steigern, kommt zu spät und ist zudem unzureichend. Die Schuldenlast der deutschen Wirtschaft ist nur dann tragbar, wenn durch weitere wirtschaftliche Bindungen die Belastung auf ein erträgliches Maß abgemindert wird. Eine Schuldenregulierung kann natürlich auch an den Auslandsschulden nicht vorübergehen, wie es bisher geschehen ist. Sicherung der

Staatskassen um jeden Preis ohne Rücksicht auf Rentabilität der Wirtschaft muß zwangsläufig zu einer Vernichtung der Wirtschaft führen. Ausflugsabend für

### die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

ist die Beseitigung unseres starren Lohnsystems. Ich halte die schematische Lohnsenkung für einen wirtschaftlichen Fehler, geschaffen werden muß eine größere Freiheit der Arbeitnehmer, Arbeit zu suchen und anzunehmen, wo sie sich bietet. Auch eine neue Regelung der Arbeitslosenversicherung ist notwendig. Einer der wirksamen Wege zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist die Wiederherstellung der Wehrhoheit des deutschen Volkes. Statt Abrüstung der anderen, sollten wir nach dem Grundgedanken, welches Recht für alle die Wiederherstellung der deutschen Wehrhoheit fordern. Der Landbund hat es für seine Pflicht gehalten, seine Kampfkraft einzusetzen für die Erreichung einer Regierung, die den Willen besitzt, die deutschen Kraftquellen in schwerster Schicksalsstunde auszuheilen und die letzten Reserven einzusetzen im Kampfe für Freiheit und Leben des deutschen Volkes.

### Hindenburg besucht die „Grüne Woche“ Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 1. Februar. Heute vormittag hat die Reichspräsidentin v. Hindenburg der Grünen Woche wieder seinen traditionellen Besuch ab. In seiner Begleitung hatten sich Reichsminister Dr. Brüning, Staatsminister Dr. Brüning, Oberbürgermeister Dr. Schumacher, der Direktor des Reichsanwesens Dr. Borchers, der Leiter der Grünen Woche Hans-Jürgen v. Döhring, der Präsident des Reichslandbundes Friedrich Herzog v. Medlenburg, der Präsident der Brandenburgischen Landwirtschaftskammer, Herr v. Döppel, sowie eine Reihe Vertreter landwirtschaftlicher Körperschaften eingefunden. Bei der eingehenden Besichtigung der Ausstellung übernahmen die Landwirte die Führung und begrüßten die Reichspräsidentin über die Bedeutung der Grünen Woche als Werbestätte für die deutsche Landwirtschaft aus. Die Führung durch die Jagdausstellung übernahm Herr v. Medlenburg.

## Die Genfer Abrüstungskonferenz gefährdet Amerikanischer Pessimismus

Washington, 1. Februar. Dem Weißen Hause nahe-  
liegende Kreise sind davon überzeugt, daß die französische Unterdrückung des japanischen Vorgehens in China die letzte Hoffnung für einen Erfolg der Genfer Abrüstungskonferenz raubt. Staatssekretär Stimson trifft auch vorläufig keine Vorbereitungen für die Abfahrt nach Genf. Es herrscht die Überzeugung vor, daß Japan die französische Hilfe durch Inanspruchnahme der Genf erkaufen, und ebenfalls für den Grundgedanken: „Keine Abrüstung ohne Sicherheit“ eintriften wird.

Auf Veranlassung der „Gesellschaft für internationale Gerechtigkeit und guten Willen“ werden die Kirchenglocken in New York den Beginn der Abrüstungskonferenz einläuten.

### Die französische Presse auf Seiten Japans

Paris, 1. Februar. Die Pariser Presse stellt sich immer deutlicher zugunsten Japans ein. Besonders die Nachrichtenblätter lassen es an höflichen Bemerkungen an die Adresse des Völkerbundes nicht fehlen und stellen fest, daß die Anwendung der Artikel 15 und 16 des Völkerbundespaktes den Untergang der Genfer Institution bedeuten würde. Die Hauptargumente, denen man in der Pariser Öffentlichkeit begegnet, lassen sich in drei Punkte zusammenfassen:

- 1. China ist kein souveräner Staat, sondern nur ein geographischer Begriff. 2. China hat die Rechte verlehrt und damit gerechtfertigte Sanktionen von Seiten Japans herausgefordert. 3. China ist ein Unruherd, der die Weltinstabilität bedroht.

Nach dieser klaren Haltung scheint deutlich hervorzugehen, daß sich Paris die Lage im Fernen Osten auf zwei Wegen jenseits machen will, indem es Japan durch Anerkennung eines „Rechts auf Sanktionen“ zum Bundesgenossen auf der Genfer Abrüstungskonferenz gewinnt und indem es die Unabhängigkeit des Völkerbundes sowie die Notwendigkeit internationaler Sicherheitsgarantien aus dem Vorgehen ableiten läßt. Der „Temps“ bringt eine halbamtlich klingende Verlautbarung, in der er die französische Regierung gegen den Verzicht in Schuß nimmt, den Japanern in China freie Hand zu lassen. Diese Verlautbarung ist nicht richtig, und es verlautet sogar, daß der französische Bot-

schafter in Tokio beim japanischen Außenminister im gleichen Sinne wie seine Kollegen aus Washington und London vorliegend geworden sei.

### Französische Abrüstungsabordnung abgereift

Paris, 1. Februar. Die französische Abordnung für die Abrüstungskonferenz mit drei Ministern an der Spitze ist am Sonntagabend nach Genf abgereift. Auf dem Bahnhof hatten sich mehrere Mitglieder des Kabinetts sowie der oberkommandierende General Wegand eingefunden, um der Abordnung das Geleit zu geben. Kriegsmarineminister Dumont blieb vorläufig zurück und wird im Kontrollbüro nach Genf fahren. Das auf dem Bahnhof versammelte Publikum brachte dem Kriegsminister Tardieu lebhaftest Glückwünsche dar.

### Die Hochschullehrer verlangen Wehrhoheit

Darmstadt, 1. Februar. Der Senat und die Studentenenschaft der Technischen Hochschule Darmstadt veranstalteten eine vom Amt für politische Bildung der deutschen Studentenenschaft geleitete akademische Kundgebung zur Abrüstungskonferenz, wobei der Rektor der Technischen Hochschule, Professor Dr. Meuleaux, eine Ansprache hielt, in der er erklärte, daß der Verband deutscher Hochschullehrer, der von 45 Hochschulen des Reiches gebildet werde und rund 5000 Professoren umfasse, beschloffen habe, aus seiner Jurisdiktion gegenüber Fragen der Politik herauszutreten. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der die Gleichberechtigung in der Wehrfrage von der kommenden Abrüstungskonferenz gefordert wird.

### Curtius zur Eröffnung der Abrüstungskonferenz

New York, 1. Febr. Die Sonntagblätter der Great-Press veröffentlichten einen Artikel des Reichsministers a. D. Dr. Curtius zur Eröffnung der Abrüstungskonferenz. Curtius erklärt darin unter anderem, Deutschland begrüße es, daß das amerikanische Volk einmütig sei in dem Willen, weitestgehende Abrüstung durchzuführen, und vertraue darauf, daß es nur einem Vertrag über eine baldige wirkliche Abrüstung auf der Grundlage der Gleichberechtigung das amerikanische Siegel beibringen werde. Curtius hat größere Ansprüche an die Konferenz zu stellen als Deutschland. Man habe geglaubt, den deutschen Anspruch bestritten zu können. Die französische Denkschrift vom 15. Juli 1931 sabotierte die Abrüstung durch politische Vorbedingungen.

## Abjage des Stahlhelms an den Sachmauschuh

Berlin, 1. Febr. Das Bundesamt des Stahlhelms teilt mit, der 1. Bundesführer, Seidte, habe dem Berliner Oberbürgermeister Dr. Sachm mitgeteilt, daß er sich nicht in der Lage sehe, dem von Dr. Sachm geplanten Ausschuss für die Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg beizutreten. Diese Stellungnahme richte sich nicht gegen Hindenburg. Der Stahlhelm erblicke jedoch weder in Dr. Sachm die geeignete Persönlichkeit noch in dem von ihm beschrittenen Wege der Bildung eines vorwiegend mitteiparteilichen Ausschusses das geeignete Mittel für die Behandlung der Reichspräsidentenfrage.

Diese Stellungnahme hat sich auch der Ruffhäuserbund zu eigen gemacht. — Oberbürgermeister Dr. Sachm hat an etwa 100 Persönlichkeiten

seine Einladung herausgehen lassen, und zwar ist er bemüht gewesen, keine ausgesprochenen Parteiführer oder parteipolitisch abgegrenzte Persönlichkeiten für den Ausschuss zu gewinnen. Dem Vernehmen nach ist seine Einladung unter anderem ergangen an die früheren Reichswehrminister Weiler und Roske, Reichsanwalt a. D. Cuno, Staatsminister a. D. Dominikus, Staatssekretär a. D. Weiswald. Von den Wirtschaftsführern wurden geladen Geheimrat Duldberg vom Reichsverband der deutschen Industrie, Krupp von Bohlen-Halbach, der Präsident des Reichslandbundes, Graf v. Kalckreuth, Generaldirektor Springorum, Bankdirektor Solmsien, der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsraates, Dr. h. c. F. v. Brandes, Heinrich Kränke als Vertreter des Einzelhandels. Weiter wurden aufgefordert, den Aufruf zu unter-

## Die Senkung der Bierauschankpreise in Dresden

Der Verband des Gaststättengewerbes von Dresden und Umgebung, e. V. beriet mit den elf ihm angeschlossenen wirtschaftlichen Organisationen, sowie mit dem 1. Verein der Gast- und Schankwirte Groß-Dresden, e. V., am Montag die Senkung der Bierauschankpreise in den Gaststätten. Es wurde beschlossen, den bisherigen Ausschankpreis für das Sechswaanzstel-Glas Bockbier um 3 Pf. auf 22 Pf. zu senken.

Die bereits mitgeteilt, wird der Sachm-Ausschuss Montag nachmittags um 5 Uhr zusammentreten, um über den Aufruf zur Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg zu beschließen. Inzwischen verbleiben sich auch die Gerichte, daß die Nationalsozialisten entschlossen seien, mit einer eigenen Kandidatur hervorzutreten, und zwar wird mit wachsender Bestimmtheit in diesem Zusammenhang der Name Adolf Dittler genannt. Die Staatsangehörigkeitsfrage spielt bei dem Dittler keine Rolle, da Dittler ohnehin mit einem Federstrich der braunschweigischen Reichsregierung eingebürgert werden könnte.

## Uebertritt zu den Deutschenationalen

Berlin, 1. Februar. Der bisher der Wirtschaftspartei angehörende preussische Landtagsabgeordnete Krenz ist zur Deutschenationalen Volkspartei und Landtagsfraktion übergetreten. Er begründet diesen Schritt in einer Erklärung damit, daß er sich überzeugt habe, daß eine wirksame Vertretung des Gedankens des Privatigentums einzig und allein in der Deutschenationalen Volkspartei im Sinne des Programms ihres Parteiführers Dr. Dugenberg gewährleistet sei. Besonders der Umstand, daß es möglich war, die vierte Notverordnung mit dem das Eigentum gefährdenden außen- und innenpolitisch geradezu lebensgefährlichen Tendenzen zu erklären, habe ihm die Erkenntnis gebracht, daß Deutschlands Zukunft nur bei einer Partei gesichert werden könne, die den unverfälschten Eigenstumsbegriff in eine neue Zeit hinüberzueretten entschlossen sei.

## Gefängnisstrafen im Friedwagner-Ansehungsprozeß?

Reichenburg (Spreewald), 1. Februar. Im Friedwagner-Ansehungs- und Landfriedensbruchprozeß beantragte der Staatsanwalt heute gegen sieben Angeklagte, die die Menge aufgepuscht haben sollen, je 9 Monate Gefängnis, gegen 20 Angeklagte, die nur als Teilnehmer in Frage kommen können, je 6 Monate Gefängnis und für 52 Angeklagte den Freispruch.

